

**Mitteilung der Verwaltung
Vorlage Nr.: 20170222**

Status: öffentlich

Datum: 25.01.2017

Verfasser/in: Köllner, Susanne

Fachbereich: Kommunales Integrationszentrum Bochum

Bezeichnung der Vorlage:

Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus

Bezug:

Vorlage 20160312 - Beitritt zur Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR)

Beratungsfolge:

Gremien:

Sitzungstermin:

Zuständigkeit:

Integrationsrat

26.01.2017

Kenntnisnahme

Rat

01.02.2017

Kenntnisnahme

Wortlaut:

In der Sitzung des Rates vom 18.02.2016 wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Bochum beantragt den Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (European Coalition of Cities against Racism – ECCAR)
2. Die Verwaltung wird gebeten, eine Übersicht bisheriger Aktivitäten gegen Rassismus in Bochum vorzulegen und außerdem Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet erscheinen, die bereits vorhandene Angebotsstruktur im Sinne dieses 10-Punkte-Aktionsprogrammes der Städtekoalition zu ergänzen. Im Falle eines Beitritts ist dem Rat der alle zwei Jahre zu erstellende Bericht an den Lenkungsausschuss der Städtekoalition vor Abgabe zur Kenntnis vorzulegen.

Ausgangslage:

Durch die Ratifizierung der UN-Antirassismuskonvention vom 10.02.1967 sowie der Zusatz-erklärung aus 2001 sich dem Individualbeschwerdeverfahren zu unterwerfen, hat die Bundesrepublik Deutschland einen Weg eingeschlagen, die alle Behörden zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung verpflichtet.

Die Städtekoalition gegen Rassismus wurde auf Initiative der UNESCO im Jahr 2004 gegründet und hat zum Ziel, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung einsetzen.

Mit der Erfüllung und Evaluation der Maßnahmen vor Ort soll sichergestellt werden, dass die internationalen und nationalen Instrumente genutzt und konkrete Probleme berücksichtigt werden können.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1.000,00 EUR jährlich für Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, zuzüglich der Kosten für die Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung.

Im Falle eines beabsichtigten Beitritts ist der Antrag vom Oberbürgermeister formlos an die Geschäftsstelle der Städtekoalition zu richten. Diese befindet sich derzeit in Potsdam.

Über den Beitritt entscheidet der Lenkungsausschuss der Städtekoalition.

Im Turnus von zwei Jahren ist es erforderlich, einen Bericht über die kommunalen Maßnahmen zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Planes der Koalition zu erstellen, welcher durch das wissenschaftliche Sekretariat geprüft und bewertet wird.

Durch dieses Verfahren wird sichergestellt, dass das Netzwerk nicht nur einen symbolischen Charakter hat, sondern dass aktiv an der Erreichung des Planes vor Ort gearbeitet wird.

Mittlerweile sind 28 bundesdeutsche Kommunen Mitglied dieser Städtekoalition.

Aus NRW beteiligen sich insgesamt bislang fünf Kommunen, und zwar die Städte Bonn, Dortmund, Köln, Siegen und Soest.

Im Folgenden wird über den Zehn-Punkte-Plan des Netzwerkes und über bereits bestehende Aktivitäten der Stadt Bochum berichtet:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus

Dieser Voraussetzung wird im Besonderen bereits durch die Teilnahme am Bundesprogramm „Farbe bekennen – Demokratie leben“ begegnet. Es wurde eigens hierfür ein Begeleitausschuss aus Mitarbeitern/innen der Verwaltung und aus Vertretern/innen der Zivilgesellschaft gegründet.

Projekte von Vereinen und Verbänden, welche sich mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus beschäftigen, können bis 2016 mit jährlich 50.000,00 EUR, ab 2017 mit 100.000,00 EUR finanziell gefördert werden.

Zusätzlich finden in den Bezirken Jugendforen statt, die sich mit Themenstellungen aus diesen Bereichen beschäftigen. In 2017 werden flankierend dazu in Bochum die Präventionstage der Landeszentrale für politische Bildung stattfinden, welche durch jährliche Jugendkonferenzen verstetigt werden sollen.

Das Projekt Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage, an dem derzeit 14 Bochumer Schulen teilnehmen, stellt eine weitere wirkungsvolle Präventionsarbeit dar. Schulen und Stadtverwaltung arbeiten hier eng zusammen und organisieren regelmäßig Veranstaltungen.

Darüber hinaus existiert in Bochum der Arbeitskreis der Ordnungspartnerschaft in Federführung des Ordnungsamtes, in welchem u.a. auch die Kreispolizeibehörde Bochum vertreten ist. In diesem Arbeitskreis werden Themen besprochen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreffen. Hierbei werden regelmäßig auch Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus einbezogen.

Erwähnenswert sind in Zusammenhang mit dem Punkt „Wachsamkeit gegen Rassismus“

auch die geplante Anne-Frank-Ausstellung, die in 2017 in der Synagoge zu Bochum stattfinden soll, sowie die Wanderausstellung VORBilder zur Frage Sport gegen Rechtsextremismus, welche am 07.12.2016 durch den Bundestagspräsidenten eröffnet wurde und bis Mitte Januar 2017 im Foyer der VHS zu sehen war.

2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen

Eine wissenschaftlich fundierte Einschätzung der Lage in Bochum liegt derzeit nicht vor. Einschätzungen werden anlassbezogen in der o.g. Ordnungspartnerschaft und in bestehenden Netzwerken ausgetauscht und beraten. In diesem Bereich sind im zivil-gesellschaftlichen Engagement exemplarisch der Runde Tisch gegen Rechts (Bezirk Ost) und das Bündnis gegen Rechts (alle Bezirke) zu nennen.

Vorstellbar wäre der Aufbau eines stadtweiten Netzwerkes, in dem sowohl Vertreter/innen von Initiativen und Organisationen, sowie Teilnehmer/innen aus Politik und Verwaltung (Jugend, Schule, Kultur, Ordnung etc.) und der Polizei mitwirken und das sich schwerpunktmäßig mit der Lage und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung beschäftigen sollte.

Auf der Grundlage von regelmäßigen Analysen könnten entsprechende Empfehlungen abgegeben und das weitere Vorgehen (Projekte und Maßnahmen)entschieden werden. Die Einbindung von wissenschaftlicher Expertise könnte wichtige Daten und Hintergründe ermöglichen.

Die Federführung bei der Stadtverwaltung Bochum liegt im Kommunalen Integrationszentrum.

3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung

Die Stadt Bochum ist Mitglied im Verein „Back Up“ in Dortmund. Hier existiert bereits eine Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten. Dieser Verein arbeitet eng mit NinA NRW, einer Beratungsstelle für Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene, zusammen. Der Verein „Back Up“ wird mit NRW Landesmitteln gefördert und ist landesweit zuständig. Beratungen in Bochum haben bereits stattgefunden. Um eine engmaschigere Beratungsstruktur zu erreichen, sollte eine engere Zusammenarbeit mit „Back Up“ geprüft werden.

Ziel könnte auch sein, in Bochum Beratungsangebote oder Kontaktmöglichkeiten (z.B. im Sinne einer Antidiskriminierungsstelle) weiterzuentwickeln. Diese Überlegungen sollten in Abstimmung mit bestehenden oder weiterzuentwickelnden Netzwerken beraten werden.

4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger

Im Projekt „Farbe bekennen - Demokratie leben“ werden bereits vielfältige Veranstaltungen durchgeführt und Publikationen veröffentlicht. So findet beispielsweise einmal jährlich die Musik- und Diskussionsveranstaltung „Mucke gegen Rechts“ statt. Im Weiteren werden diverse Veranstaltungen zur politischen Bildung in Kooperation des Kommunalen Integrationszentrums mit der VHS und zweimal jährlich Demokratiekonferenzen durchgeführt. Diverse Fachtage, Fachgespräche und Podiumsdiskussionen zu Themen wie Zivilcourage, Rassismus und Diskriminierung runden die bisherigen Möglichkeiten der Information und Beteiligung von Bürger/innen ab.

Auf diesen bestehenden Formaten kann weiter aufgebaut werden, können neue Themenstellungen aufgegriffen und Zielgruppen individuell angesprochen werden. Insbesondere die

Durchführung der Demokratiekonferenzen lässt Raum für das eigene Engagement von Bürger/innen und die gemeinsame Entwicklung neuer Projekte.

Die Öffentlichkeitsarbeit soll weiter verstärkt und Veranstaltungen künftig intensiver in den sozialen Medien bekannt gemacht werden.

5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

Durch die Schwerpunktsetzung der „Interkulturellen Öffnung“ durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales wurde im Kommunalen Integrationszentrum für diese Bereiche eine neue Stelle geschaffen und zwischenzeitlich auch besetzt. Die Aufgaben bestehen einerseits darin, die Beschäftigten der Stadtverwaltung durch unterschiedliche Maßnahmen für eine vielfältige Gesellschaft zu sensibilisieren. Andererseits sind Strukturen innerhalb der Stadtverwaltung und darüber hinaus zu fördern und zu schaffen, welche Chancengleichheit für alle Menschen ermöglichen. Ein konkretes Beispiel für eine Maßnahme, diese Ziele zu erreichen, ist die Bildung des Netzwerks „Botschafter_innen der Vielfalt“. Diese Botschafter_innen haben die Aufgabe, alltäglich auf diskriminierende und ausgrenzende Ereignisse zu achten und sollen sich legitimiert fühlen, eigenständig einzuschreiten oder aber Vorfälle dem sogenannten „Rat der Botschafter_innen“ zu melden. Dieser berät über das weitere Vorgehen und leitet die nächsten notwendigen Schritte ein.

Außerdem befindet sich im Dezernat des Oberbürgermeisters das Referat „Diversity“ im Aufbau. Das Referat soll unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen Facetten und Fragestellungen von Diversity im Besonderen die Bereiche Gender, Integration, Familie, Inklusion und Zivilgesellschaft bündeln und koordinieren. Dabei wird das Thema Rassismus eine Querschnittsfragestellung sein.

Durch diese Entwicklungen wird ein weiterer Meilenstein erreicht, nicht nur Fortbildungsangebote zur Interkulturalität zu entwickeln, sondern die Themen Gleichstellung, Integration, Inklusion und Familie als ein Schwerpunktthema innerhalb der Stadt Bochum strategisch zu platzieren. Durch den Aufbau dieses Referat kann der Wissenstransfer der Querschnittsthemen effizienter gestaltet und besser miteinander verschränkt werden. Die Implementierung des Diversity-Gedankens in ämterübergreifenden Projekten und im Alltagshandeln der Verwaltung kann dadurch unterstützt werden.

Zudem soll es bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote zu "Religiöser Vielfalt am Arbeitsplatz" geben. Nach erfolgter Beschäftigtenbefragung in Kooperation mit dem "Centrum für religionswissenschaftliche Studien" (RUB) sind bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote in der Planung. Vorteilhaft wäre die Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in städtische Verträge und bei Gewerbeerlaubnissen. Eine jährliche öffentliche Auszeichnung eines/r örtlichen, besonders aktiven Betriebes oder Organisation würde mehr öffentliche Aufmerksamkeit erregen.

6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin

Die Stadt Bochum ist bereits seit 2008 Unterzeichnerin der „Charta der Vielfalt“. Der Frauenbeirat hatte auf die Initiative aufmerksam gemacht, die auch vom damaligen Ausschuss für Migration und Integration unterstützt wurde. Auch der Verwaltungsvorstand stimmte zu. Die Stadt Bochum zählte zu diesem Zeitpunkt zu den ersten Kommunen, die sich der Initiative angeschlossen haben. Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Vielfalt unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Wirtschaft und öffentlichem Dienst zu fördern und optimal zu nutzen. Mit der Unterzeichnung der Urkunde zur Charta der Vielfalt verfolgt die Stadt Bochum das Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren - unabhängig von

Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

So haben beispielweise in der Zusammenarbeit mit der BP Europe und dem VFL Bochum Diversity-Tage stattgefunden, in der unterschiedliche Themenschwerpunkte behandelt wurden. Zum Diversity-Tag im Juni 2015 wurden circa 40 Mitarbeiter/-innen der Stadt Bochum zu „Botschaftern_innen der Vielfalt“ ernannt (siehe Punkt 5). Ihre Aufgabe besteht darin, dazu beizutragen, dass alle Mitarbeiter/-innen wertgeschätzt werden, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und sexueller Identität. Sechs Botschafter/innen stammen aus dem Kommunalen Integrationszentrum. Hiermit setzt das Kommunale Integrationszentrum ein deutliches Zeichen für die Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung.

Zusätzlich fördert die Stadt Bochum die Beschäftigung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Die Ausbildungsinitiative der Städtekooperation integration.interkommunal „Deine Zukunft findet Stadt“ wurde auf bochum.de veröffentlicht und mit einer Kampagne beworben. Filme und Spots der Initiative können von Schulen für den Unterricht und Projekte genutzt werden.

7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt

Für diesen Bereich ist vorstellbar, dass auf Grundlage des derzeit in der Erarbeitung befindlichen Handlungskonzeptes Wohnen auch Fragen des diskriminierungsfreien Zugangs zu Wohnraum aufgegriffen werden. Denkbar ist die Einbindung dieser Fragestellung in die Kommunikation mit den Wohnungsanbietern. Weitere Schnittstellen ergeben sich über die Umsetzung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten.

8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung

Durch das Projekt „Schule ohne Rassismus“ und die geplanten jährlichen Jugendkonferenzen ist die Stadt Bochum hier gut aufgestellt.

Wünschenswert wäre aus Sicht der Stadt Bochum eine Verstärkung von Fortbildungs- und Beratungsmöglichkeiten für Erzieher/innen und Lehrer/innen, um die alltägliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu unterstützen. Dabei spielt insbesondere der Umgang mit Vorurteilen und sogenannten „Stammtischparolen“ eine Rolle.

9. Förderung der kulturellen Vielfalt

Zu diesem Aspekt gibt es in Bochum bereits vielfältige Aktivitäten, die es zu erhalten und / oder weiterzuentwickeln gilt. Hierzu zählen unter anderem Projekte wie Kulturrucksack, Projektförderungen aus dem Programm „Farbe bekennen - Demokratie leben“, das Projekt Out of Frames (Foto und Filmprojekt junger Geflüchteter), das Zeitungsprojekt „here“ mit und für Geflüchtete, etc.

Auch im Netzwerk UniverCity Bochum werden Projekte angeboten. Gemeinsam mit dem Akademischen Förderungswerk (AKAFÖ) läuft das Patenschaftsprogramm „BeComing Friends, das ausländische Studierende mit Bochumer Bürgern/-innen zusammenbringt. Ziel von "BeComing Friends" ist es, den kulturellen Austausch zwischen internationalen Studierenden und Bürgern/-innen aus Bochum zu fördern.

Bereits dreimal (2012, 2014 und 2016) hat die Stadt Bochum gemeinsam mit der Bochumer Veranstaltungs-GmbH sowie dem Bahnhof Langendreer ein großes Fest der Kulturen im

Westpark an der Jahrhunderthalle veranstaltet. Das Festival „Ruhr International – Fest der Kulturen“ steht in der Tradition des erfolgreichen Vorgängerformates Kemnade International (1974) und ist in der Weiterentwicklung als Kulturinstitution am neuen Spielort fest verankert. „Ruhr International“ ist ein globales Fest der Begegnung mit Musik, Theater, Kabarett, Kleinkunst, Literatur, Kinder- und Jugendprogramm. Denn beim Fest der Kulturen wird drinnen wie draußen miteinander gelacht, gesprochen, zugehört, getanzt, gegessen und getrunken.

10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Bei diesem Punkt geht es einerseits um die genauere Beobachtung und Analyse von rassistischen Gewalttaten in Bochum. Andererseits kommt der Kommunikation und dem Zusammenwirken von Behörden eine große Bedeutung zu, die in Bochum bereits über die Ordnungspartnerschaft gut etabliert ist. Darüber hinaus haben die in Punkt 3 beschriebenen Aspekte (Netzwerk, Beratung und Kontakt) für die künftigen Entwicklungen eine Relevanz.

Fazit:

Die Ausführungen machen deutlich, dass in der Stadt Bochum bereits vielfältige Aktivitäten und Projekte gestaltet werden, die dem 10 Punkte Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (European Coalition of Cities against Racism – ECCAR) gerecht werden. Darüber hinaus sind Ansatzpunkte für künftige Entwicklungen dargestellt. Die Stadt Bochum hat auf dieser Grundlage bereits mit dem Büro in Potsdam Kontakt aufgenommen und wird den Antrag zur Aufnahme unmittelbar nach der Ratssitzung stellen.

Anlagen: